

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Neukirch u. der Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) beiderseits bestimmte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich May, in Bischofswerda. - Postfach-Ronto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erhebungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich RM. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 40 Pf., Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Jernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einpaltige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 53

Donnerstag, den 4. März 1937

92. Jahrgang

Tageschau.

Der deutsche Botschafter General Jangal, überreichte am Mittwoch in Salamanca dem spanischen Staatschef, General Franco, sein Beglaubigungsschreiben. In seiner Ansprache brachte er Deutschlands Sympathie für den Freiheitskampf des spanischen Volkes zum Ausdruck.

Die Neutralitätsgesetzesvorlage wurde im amerikanischen Senat mit 62 gegen 6 Stimmen angenommen. Das Neutralitätsgesetz ist ein in allen Einzelheiten festgelegtes Programm, die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges fremder Staaten aus allen Verbindungen fernzuhalten.

In der 2. Märztagung des tschechoslowakischen Großrates wurden wichtige Entscheidungen zur Frage der Bevölkerungspolitik gefasst.

Nationale Sender teilen mit, daß die Nationalstruppen am Mittwoch an der Teraufstiege die Ortschaft Utrillas erobert haben und damit das Klauengebiet Kataloniens besetzten. Der Heeresbericht vom Mittwoch meldet neue bolschewistische Angriffe, die offensichtlich zurückgewiesen wurden.

Bei den Wahlen für die Verwaltungsräte der Rundfunksender hat sich auch in Paris ein klarer Sieg der nationalen Liste ergab.

Der rechtsstehende Pariser "Jour" wendet sich gegen die Einmischung Spaniens in die innere Politik Frankreichs. Die tschechoslowakische Versammlung in Prag führt zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und zur finanziellen Katastrophe.

Kurzberichte an anderer Stelle.

Subetendeutschum im Kampf.

Eine Erklärung, die der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza kürzlich dem Prager Sonderberichterstatter des "Daily Telegraph" abgab, schien einen Augenblick lang die Hoffnung zu erwecken, als sei die Regierung sich allmählich doch darüber klargeworden, daß ihre bisherige Politik dem Subetendeutschum gegenüber unhaltbar geworden sei. Es war immerhin neu, daß der verantwortliche Leiter der Regierung zugab, die deutschen Volksteile der Tschechoslowakei hätten insofern einen wirklichen Grund zur Beschwerde, als ihre Behandlung, was staatliche Anstellung anlangt, nicht anständig gewesen sei. So seien sie im Eisenbahnwesen und in der Finanz nur mit kaum 12 Prozent, auf anderen Gebieten mit noch weniger vertreten. Es müsse aber zur moralischen Befreiung des Staates führen, wenn man zwei Klassen, die der Subetenden und die der Subetenden, schaffen würde.

Das Rang so, als sei die Regierung in Prag geneigt, das ausgestandene offene Unrecht gegen die deutschen Volksteile nunmehr endlich gutzumachen. Sie hat ja auch in Prag sogenannte Ausgleichsverhandlungen geführt, die aber, wie sich inzwischen ergeben hat, nichts weiter waren, als Sand in die Augen des allmählich aufmerksam werdenden Auslandes. Denn diese Ausgleichsverhandlungen wurden nicht mit den Vertretern der Subetendeutschen Partei geführt, der bei den letzten Wahlen zur stärksten Partei im tschechoslowakischen Senat überaus überwiegend die deutsche Einheitsbewegung Konrad Henlein, sondern das Kabinett Hodza suchte sich dafür die außerhalb dieser Bewegung bestehenden kleinen und unbedeutenden Splitterparteien, die Deutsche Agrarpartei, die Deutsche Sozialdemokratische Partei und die Christlichsozialen Partei aus, die schon seit mehr als zehn Jahren die Prager Regierung mehr zu ihrem Nutzen, als zu dem des tschechoslowakischen Deutschtums unterstützen und die ganz und gar nicht berechtigt sind, im Namen dieses Deutschtums zu sprechen, denn jede von ihnen hat nicht mehr als fünf bis sechs Abgeordnete im Parlament, und zusammengekommen vertreten sie kaum 20 Prozent der Subetendeutschen. Herr Hodza sagte etwas von einer Zusammenarbeit auf demokratischer Grundlage. Es entspricht wohl kaum demokratischen Grundsätzen, sich für eine solche Zusammenarbeit ausgerechnet eine verkündende Minderheit des betreffenden Volksteiles auszusuchen, an der überwältigender Mehrheit aber einfach vorüberzugehen.

Diese Ausgleichsverhandlungen haben denn auch zu keinem das Deutschtum nur irgendwie befriedigenden Ergebnis geführt. Der Abgeordnete Rudolf Sandner, ein Mitglied des Führerats der Subetendeutschen Partei, erklärte in einer Massenversammlung in Reichenberg, die Prager Verhandlungen hätten den Beweis dafür erbracht, daß es sich dabei überhaupt nicht um einen tatsächlichen Lösungsvorschlag der Subetendeutschen Frage gehandelt habe, sondern man habe vielmehr den Feind schon als geschlagen zu betrachtenden Versuch unternommen, durch ein ausgeklügeltes Mandat die auf

eine grundsätzliche Lösung des nationalen Problems in der Tschechoslowakei ausgerichete Politik der Subetendeutschen Partei zu hintertreiben.

Worum es dieser Subetendeutschen Partei geht, hat Konrad Henlein vor kurzem in Kuffitz in einer großen Rede noch einmal zusammengefaßt und er hat dabei hervorgehoben, daß er mit seinen Forderungen, die gleichzeitig aber ein Angebot an die Regierung in Prag darstellten, zum vierten Male die Hand zu einem wirklichen Ausgleich ausstreckte. Man muß leider sagen, daß diese Hand zum vierten Male ausgeschlagen wird. Die Regierung stellt sich taub, die tschechoslowakische Presse aber spricht von „Katastrophenpolitik“, von einer „unerhörten Provokation“, von Henlein als dem „Erzfeind des Staates“, von dem „Verlassen des historischen Bodens des Staates“ und in ähnlichen Wendungen.

Worum handelt es sich? In der Tschechoslowakei leben dreieinhalb Millionen Volksdeutsche, größtenteils geschlossen siedelnd. Mit ihrer Zahl machen sie beinahe ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Staates aus. Viel kleinere Minderheiten anderer Nationalität genießen in anderen Staaten die völlige wirtschaftliche, kulturelle und zum Teil verwaltungsmäßige Freiheit, die man den Deutschen der Tschechoslowakei verweigert. 8 1/2 Millionen Menschen, die hoch kultiviert sind, zusammenhalten und die zum Bewußtsein ihrer nationalen Sendung gelangt sind, fordern mit Recht für sich Kulturautonomie. Ihre Wirtschaftslage ist heute trostlos. Das reichste tschechoslowakische Bürgerium bringt verhältnismäßig die meisten Steuern in der tschechoslowakischen Republik auf. Die Steuerlasten, die auf ihm ruhen, sind groß und es ist fraglich, ob sie überhaupt noch lange getragen werden können. Aber dem Deutschtum in der Tschechoslowakei fließt das wenigste von diesen Steuererträgen wieder zu. Der Staat sorgt pflichtlos für seine tschechoslowakischen Bürger, aber er behandelt das Deutschtum höchst stiefmütterlich. Die Lage ist so, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch befürchtet werden muß, wenn hier keine grundsätzliche Veränderung erfolgt.

Und nicht nur kulturell und wirtschaftlich ist das Deutschtum in der Tschechoslowakei minderen Rechts, man verweigert ihm auch die volle politische Gleichberechtigung. Die Subetendeutsche Partei fordert deshalb, daß es den Rang einer Staatsnation erhält, genau wie z. B. vier Millionen Flamen in Belgien erreicht haben.

Aber die Regierung in Prag sträubt sich gegen all diese Forderungen. Sie hält an der Idee des tschechoslowakischen Nationalstaates fest und denkt nicht daran, dem Deutschtum Gleichberechtigung zuzugestehen. So droht es zu verkommen, wird im Meer, in der Wirtschaftspolitik, kulturell und sozial zurückgedrängt, von seinem Grundbesitz verdrängt und soll nun aufleben, wie ein paar egoistische Vertreter einer kleinen, mit dem Gesamtdeutschtum im tschechoslowakischen Staat innerlich zerfallenden Minderheit ein Ausgleichsabkommen treffen, das an den tatsächlichen Verhältnissen überhaupt nichts ändert, sondern nur gegen das Ausland hin eine potentielle Hofschabe aufrichtet, um die Politik der Ungerechtigkeit und der Benachteiligung des Deutschtums zu verschleiern. Der Preis, den die Prager Regierung dafür zahlte, daß die aktivistischen Splitterparteien ihr dabei Handlangerdienste verrichten, sind drei Ministerposten, an die sie die damit bedachten Krampfschaft klammern. Sie sind „Minister ohne Amtsbereich“, haben praktisch also wenig zu sagen und eine Zeitung weiß höchstens darauf hin, daß der größte Ausgabenposten ihrer Ministerien im Haushaltsplan für 1937 die neuen Kraftwagen sind, die die Herren erhalten haben.

Konrad Henleins Forderungen sind als „unerhörte Provokation“ bezeichnet worden. In Wirklichkeit verlangen sie nichts weiter als die vollen verfassungsmäßigen Rechte für das Subetendeutschum. Solange man sie ihm in Prag verweigert, ist ein Ausgleich nicht möglich, und das Bekenntnis des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten zur Gerechtigkeit in die bestehenden Ungerechtigkeiten ist ein leeres Wortspiel, solange ihm nicht der Entschluß zur Kuränderung und die entsprechende Tat folgen.

Amerika will nicht wieder in einen fremden Krieg hineingezogen werden Annahme des amerikanischen Neutralitätsgesetzes

Die nachstehende Meldung aus Washington über das vom Senat mit überwältigender Mehrheit angenommene Neutralitätsgesetz sowie die jetzt erst bekanntgewordenen Einzelheiten des Gesetzes sind für den europäischen Frieden von großer Bedeutung. In Paris wie in London sprach man in letzter Zeit auffällig viel von der notwendigen Verteidigung der Demokratie und einer gemeinsamen demokratischen Front gegen den Faschismus, wobei man in mehr oder weniger verhüllter Form die Zuversicht auf den Bestand der Vereinigten Staaten aussprach. Auf eine vor wenigen Wochen erfolgte besonders deutliche Anspielung des französischen Außenministers war bereits aus Washington eine Abfrage erteilt worden, und nun zerstört das neue Gesetz jede Hoffnung, daß Amerika sich jemals wieder in einen europäischen Krieg würde hineinziehen lassen. Das wird sowohl in Paris wie in London ermutigend wirken und uns hoffentlich dem Zeitpunkt näher zu bringen, wo man den deutschen Friedenswillen und den deutschen Anspruch auf gleiches Lebensrecht wie andere Völker anzuerkennen gewillt sein wird.

Mit 62 gegen 6 Stimmen.

DRS. Washington, 4. März. (Eig. Funnele.) Der Senat hat mit 62 gegen 6 Stimmen die Neutralitätsgesetzesvorlage des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundes senates, Senator Pittman, angenommen, und leitete den Gesetzesentwurf dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung weiter.

Dieser Neutralitätsgesetzesentwurf gibt die traditionelle amerikanische Politik der freien Meere aus und setzt an ihre Stelle ein in allen Einzelheiten festgelegtes Programm, die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges aus allen Verbindungen frei zu halten. Dem Präsidenten bleibt lediglich überlassen, die Waren zu bestimmen, die auf U.S.S. - Schiffen an Kriegsführende befördert werden können.

Der Antrag des Senators von Denberg, dem Präsidenten auch diese Befugnis abzusprechen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. - Die Neutralitätsgesetzesvorlage sieht u. a. auch die Verlängerung der gegenwärtigen Waffenembargo an Kriegsführende vor, außerdem das Verbot für Amerikaner, auf Schiffen Kriegsführender zu reisen.

Das Staatsdepartement kündigt an, daß alle Bürger der Vereinigten Staaten, die Reisepässe beantragen, eine Erklärung unterzeichnen müssen, daß sie sich nicht nach Spanien begeben wollen. Hierzu verläutet, daß man sich zu dieser Maßnahme entschlossen habe, weil kürzlich Reporter Organisationen Botschaften für Mitglieder beantraut ha-

ten, die als Klerge nach dem bolschewistischen Spanien reisen wollten.

Weitgehende Neutralitätssicherung.

Die Annahme des Neutralitätsgesetzes im Bundes senat erfolgte nach nicht sehr langer Aussprache, die den weitgehenden, alles andere überwiegenden Entschluß bezeugte, einen neuen Krieg möglichst zu vermeiden, jedenfalls aber alles zu versuchen, um nicht wieder, wie im Jahre 1917, in einen fremden Krieg hineingezogen zu werden.

Deswegen wurde in den Entwurf des Senators Pittman eine genaue Aufzählung aller Kriegsmaterialien eingefügt. Diese Aufzählung deckt sich mit den bisherigen Erklärungen des Präsidenten Roosevelt zu diesem Gegenstand. Sie hindert ihn aber, in künftigen Kriegen sie zu ändern, insbesondere sie einzuschränken. Aus diesem Grund auch achtete der Senat nicht des alten Senators Borah leidenschaftliche Appelle an das Traditionsgefühl und seine Ausführungen, daß Amerika jetzt zum ersten Male in seiner Geschichte sein Recht auf „souveräne“ Schifffahrt ausübe, und dadurch nicht nur dem eigenen Prestige, sondern auch allen kleinen Nationen und der Menschheit insgesamt einen schlechten Dienst leiste. (1)

Das Gesetz, über das in vielen ausländischen, ja sogar in manchen führenden amerikanischen Zeitungen allerlei mißverständliche Dinge geschrieben worden sind, verbietet in dem Augenblick, wo der Präsident das Bestehen eines Kriegszustandes oder eines Bürgerkrieges feststellt, automatisch:

1. die Ausfuhr von Kriegsmaterialien, zu denen auch Flugzeuge gerechnet werden,
2. Anleihen oder Geld- oder Warenkredite außer den normalen Krediten im Umfange des Vorkriegsgeschäftes,
3. Reisen auf Schiffen kriegsführender Staaten,
4. Bewaffnung amerikanischer Dampfer.

Alle hier genannten Waren müssen bar bezahlt werden, bevor sie ausgeführt werden können, dagegen ist die Ausfuhr von Waren außer Kriegsmaterial, falls sie bar bezahlt sind, nicht verboten, vielmehr kann sich jedes Land alles hier kaufen, was es will und bezahlen kann.

Der Präsident hat, falls er die Verschiffung von Waren in amerikanischen Schiffen für gefährlich hält, das Recht, die Liste solcher Waren festzusetzen, die sich der Käufer dann in Nordamerika in eigenen Schiffen abholen muß, während amerikanische Schiffe eine solche Fracht, die zur Anhaltung, Durchsuchung, Beschlagnahme oder Verrentung, kurz zu Ver-

105.-	105.-
150.5	150.5
187.75	187.75
280.-	280.-
108.-	108.-
113.25	113.25
179.25	179.25
149.-	149.-
121.25	121.25
70.5	70.5
89.-	89.-
115.5	115.5
141.25	141.25
87.25	87.25
174.-	174.-
140.-	140.-
98.25	98.25
98.5	98.5
98.5	98.5
18.-	18.-
98.-	98.-
98.-	98.-
127.5	127.5
135.25	135.25
14.-	14.-
142.75	142.75
156.25	156.25
148.75	148.75
110.75	110.75
150.-	150.-
95.25	95.25
104.5	104.5
119.5	119.5
157.-	157.-
150.25	150.25
82.25	82.25
181.25	181.25
117.5	117.5
118.5	118.5
105.-	105.-
2.3	2.3
14.0	14.0
53	53
175	175
30	30
100	100
158	158
1.3	1.3
1.3	1.3
12.48	12.48
0.48	0.750
41.90	41.98
0.161	0.163
3.047	3.063
2.488	2.492
54.80	54.80
47.04	47.14
12.16	12.18
67.98	68.07
5.87	5.89
11.7	11.66
2.868	2.867
180.25	180.58
15.18	15.17
54.40	54.70
15.00	15.11
0.704	0.711
4.804	5.706
48.35	48.45
41.94	42.02
61.11	61.23
48.95	49.06
47.04	47.14
11.01	11.02
1.818	1.817
64.69	64.61
56.74	56.80
17.48	17.42
8.856	8.874
1.978	1.982
1.870	1.881
2.488	2.492